

IN KÜRZE

Ermittlungen zu angeblicher Vergewaltigung dauern an

Rostock. Der Notruf einer 20 Jahre alten Frau aus Warnemünde beschäftigt weiterhin die Ermittler der Rostocker Polizei: Die Rostockerin hatte am Mittwochabend den Notarzt gerufen und ausgesagt, dass sie in einem Park im Seebad von einem Unbekannten vergewaltigt worden sei. An dieser Darstellung hat die Polizei aber auch zwei Tage danach noch Zweifel. Die Frau bleibe jedoch bei ihrer Darstellung, so Isabel Wenzel, Sprecherin des Polizeipräsidiums in Rostock.

Schwertransport verliert Schild – Autos beschädigt

Neukloster. Böse Überraschung für Autofahrer auf der Autobahn 20 im Kreis Nordwestmecklenburg: Wie ein Polizeisprecher in Rostock berichtete, hatte ein Schwerlasttransporter am Donnerstagabend bei Neukloster ein Warnschild mit Metallgestänge verloren. Da dies erst viel später bemerkt wurde, wurden mehrere nachfolgende Autos beim Überfahren des Schildes beschädigt. Bei mindestens einem Wagen riss die Ölwanne auf und das Öl verschmutzte die Autobahn. Sie war drei Stunden gesperrt.

Nachhaltigkeitspreis für Barther Förderschule

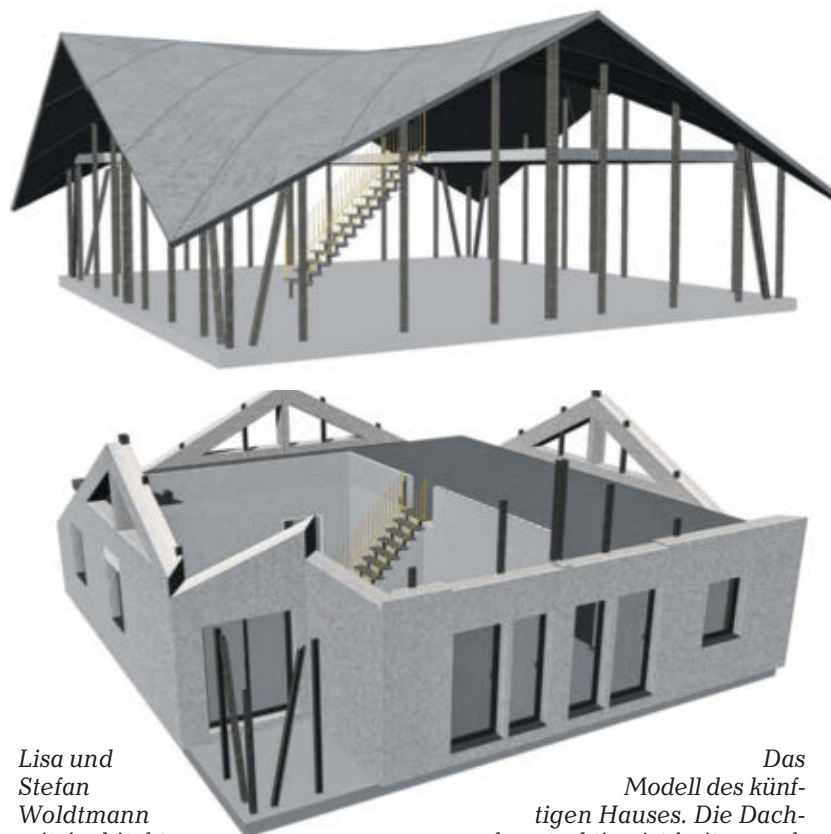
Barth. Schüler der Förderschule Jan-Amos Komensky aus Barth haben den Hauptpreis beim Umwelt-Wettbewerb „Schule auf dem Weg zur Nachhaltigkeit“ gewonnen. Die Schüler hätten gezeigt, wie leicht der Begriff Nachhaltigkeit mit Leben gefüllt werden kann, sagte Bildungsminister Mathias Brodtkorb (SPD). An Ideen hätte es nicht gemangelt: „Sei es die Klassenfahrt ausschließlich mit dem Fahrrad, die Arbeit im eigenen Schulgarten oder auch die Schülerfirma Kochmützen.“

FDP nimmt Kurs auf Wiedereinzug in Landtag

Schwerin/Greifswald. Die FDP Mecklenburg-Vorpommerns will den bundesweit wieder steigenden Zuspruch für die Partei nutzen und im September in den Schweriner Landtag zurückkehren. „Im Land herrscht Lethargie. Mecklenburg-Vorpommern braucht einen Wachmacher, und der wollen wir sein“, sagte FDP-Spitzenkandidatin Cécile Bonnet-Weidhofer vor dem Landesparteitag heute in Greifswald. Dort wird das Wahlprogramm beraten.

Linke schließt Kandidatenkür zur Landtagswahl ab

Schwerin. Die Linke tritt in allen 36 Wahlkreisen Mecklenburg-Vorpommerns mit Direktkandidaten zur Landtagswahl im September an. Als letzter Bewerber wurde Marcel Eggert in Demen für den Wahlkreis Ludwigslust-Parchim V nominiert, wie der Landesverband gestern mitteilte. Der 26-Jährige sei einer der jüngsten Direktkandidaten der Linken, das Durchschnittsalter liege bei 47 Jahren. Unter den 36 Bewerbern sind den Angaben zufolge 10, die dem Landtag bereits angehören.



Lisa und Stefan Woldtmann mit Architekt Lars Jantsch (l.). Die Bauherrin zeigt auf dem Zollstock die Dachdicke – acht Zentimeter. Foto: Katharina Sassa

Das Modell des künftigen Hauses. Die Dachkonstruktion ist freitragend. Das Dach wird 150 Quadratmeter umfassen und soll 45 Tonnen wiegen. Grafik: Planwerkstatt Jantsch

Ein Dach wie beim Warnemünder „Teepott“

Vorder Bollhagen. Ein ungewöhnliches Haus lassen sich Stefan und Lisa Woldtmann aus Rostock bauen. In Vorder Bollhagen bei Bad Doberan entsteht ein Eigenheim mit einem Schalenbetondach nach Ul-

rich Mütter, dem bekannten DDR-Architekten. Es ist der erste derartige Bau nach der Wende und wird von Architekt Lars Jantsch betreut. Der 2007 gestorbene Mütter aus Binz hatte seit 1963 rund 50 Schalen-

dächer realisiert, darunter den Teepott in Warnemünde, ein Rettungsturm in Binz oder das Strandrestaurant „Ostseeperle“ in Glowe auf Rügen. Inspiriert hatte die Woldtmanns der ehemalige Speisesaal eines Feri-

enlagers auf Rügen, der zu einem Wohnhaus umfunktioniert worden war. Für Woldtmanns Haus werden Stahlstützen in die Außenwände gesetzt, bevor das Dach aufgesetzt wird.

Plagiatsvorwürfe: Uni prüft Doktorarbeit von Till Backhaus

Abgeschrieben oder nicht? Plagiatsjäger der Online-Plattform Vroniplag nehmen die Dissertation des Ministers zurzeit ebenfalls unter die Lupe

Von Benjamin Fischer

Schwerin/Berlin. Nach konkreten Plagiatsvorwürfen hat die Berliner Humboldt-Universität mit einer erneuten Überprüfung der Doktorarbeit von Landwirtschaftsminister Till Backhaus (SPD) begonnen. Dies bestätigte Uni-Sprecher Hans-Christoph Keller auf Anfrage der OSTSEE-ZEITUNG.

Die Dissertation werde zurzeit von den Mitgliedern der Kommission zur Überprüfung von Vorwürfen wissenschaftlichen Fehlverhaltens gesichtet, sagte Keller. In den nächsten Wochen solle entschieden werden, wann die Wissenschaftler dann zu einer Sitzung zusammenkommen, um die vorliegenden Plagiatsbelege gemeinsam zu bewerten und mögliche Konsequenzen zu beraten. Einen konkreten Termin gebe es Keller zufolge bislang aber nicht. Zudem wird das Gremium dann auch darüber abstimmen, ob ein tiefergehendes Hauptprüfungsverfahren notwendig ist.

Grund dafür, die Arbeit mit dem Titel „Betrachtungen zur Getreideproduktion in Mecklenburg-Vorpommern zwischen 1900 und 2000“ erneut zu überprüfen, sind Vorwürfe von Plagiatsjägern. Dem-

nach soll Backhaus an mindestens 300 Stellen gegen wissenschaftliche Standards verstoßen haben. Auf 44 der 66 Textseiten seien ungekennzeichnete Übernahmen gefunden worden. Dies entspricht einem Anteil von 67 Prozent. Die OZ hatte im Februar entsprechende Belege veröffentlicht.

Neben den Wissenschaftlern der Humboldt-Uni haben sich nun die Plagiatsjäger der einschlägigen Online-Plattform Vroniplag die Dissertation des Ministers vorgenommen. Auch sie stehen aber noch am Anfang und suchen derzeit in den ersten acht Quelltexten nach Übereinstimmungen. Mehrere daraus übernommene Passagen

sind in der Promotion bereits gekennzeichnet worden. Wie bei Vroniplag üblich, ist der Vorgang im Internet zunächst nicht unter dem Namen Backhaus, sondern lediglich unter dem Kürzel „Tba“ angelegt worden. Dieses Verfahren soll insbesondere prominente Personen schützen, falls die Prüfer auf weitere verdächtige Textteile stoßen. Erst wenn das Vroniplag-Team seine Arbeit vollständig beendet und über die Relevanz der ungekennzeichneten Übernahmen abgestimmt hat, wird die Doktorarbeit

Till Backhaus hat „kleinere Defizite“ seiner Arbeit eingeräumt.

Bereits dreimal gecheckt

Landwirtschaftsminister Till Backhaus hatte im Februar, nach der ersten Veröffentlichung konkreter Belege dafür, dass er in seiner Promotion großzügig abgeschrieben haben soll, betont, dass seine Arbeit bereits dreimal von der Humboldt-Uni auf die Einhaltung wissenschaftlicher Standards überprüft worden sei. Entgegen des damit

erweckten Anscheins ist die Schrift bisher allerdings nicht tiefgründig auf Plagiate durchgecheckt worden, nachdem dieser Vorwurf zwischen den Jahren 2003 und 2014 immer wieder erhoben worden war. Nach der letzten Überprüfung war die Promotion erneut bewertet worden – mit der Note cum laude (gut).



AfD-Frau geht nach Druck aus Tessin

Tessin/Brüssel. Die AfD-Politikerin Beatrix von Storch tritt aus der Fraktion „Europäische Konservativen und Reformer“ (EKR) aus. Damit hat Arne Gericke, EU-Parlamentarier aus Tessin bei Rostock und ebenfalls EKR-Fraktionsmitglied, einen Teilerfolg erzielt. Seit Wochen hatte er darauf hingearbeitet, die stellvertretende AfD-Bundesvorsitzende und ihren Parteikollegen Marcus Pretzell loszuwerden. Hintergrund waren umstrittene Äußerungen der beiden zum Schusswaffengebrauch gegen Flüchtlinge. Zuletzt hatte der EKR-Vorstand ihnen eine Frist gesetzt: Gehen sie bis Ende März nicht freiwillig, werde am 12. April über einen Zwangsausschluss abgestimmt. Dem ist von Storch nun zugewilligt. Sie habe sich damit „in letzter Minute eine Abstimmungs-Blamage und den erzwungenen Rauswurf aus meiner EKR-Fraktion erspart“, kommentiert Gericke.

Die stellvertretende AfD-Bundesvorsitzende von Storch hatte gestern angekündigt, zur „Europa der Freiheit und der direkten Demokratie (EFDD)“ wechseln zu wollen, der Fraktion des britischen Rechtspopulisten Nigel Farage. Das Vertrauensverhältnis zur EKR-Spitze sei „irreparabel beschädigt“, begründete sie. „Ihr Ausschluss aus der EKR war seit 8. März beschlossene Sache – mit großer Mehrheit“, sagt hingegen Gericke. Sollte Pretzell ihrem Beispiel nicht folgen, sei sein Verhalten „töricht – und der Rauswurf am Dienstag eine reine Formsache“. ab

Strafantrag jetzt bei Gericht

Jürgen Suhr (Grüne) droht Geldstrafe wegen Betrugs

Stralsund. Das Amtsgericht Stralsund prüft derzeit einen Strafantrag gegen den Fraktionschef der Grünen im Landtag, Jürgen Suhr. Die Staatsanwaltschaft Schwerin wirft Suhr Betrug vor. Er soll 2009/2010, also vor seiner Zeit im Landtag, als Geschäftsführer einer Produktionsschule in Barth (Vorpommern-Rügen) unter anderem Einnahmen verschwiegen haben, obwohl Fördermittel in erheblichem Umfang flossen (die OZ berichtete). Die Staatsanwaltschaft fordert eine Geldstrafe von 70 Tagessätzen – ein vierstelliger Betrag. „Der Strafbefehls-

antrag der Staatsanwaltschaft Schwerin ist eingegangen, jedoch noch nicht beschieden“, erklärt der Sprecher des Amtsgerichts Stralsund, Dirk Simon.

Suhr hat die Vorwürfe gegen ihn bestritten. Er plädierte für eine zügige Aufhebung seiner Immunität durch den Landtag, damit der gerichtliche Entscheid schnell erfolgen könne. Sein Anwalt nannte die Vorwürfe „konstruiert und nicht haltbar“. Im Falle einer Bestätigung des Antrags wäre Suhr nicht vorbestraft. ip

Beschuldigt: Jürgen Suhr



Meisterhaft gackern

Die Frage nach Ei oder Huhn ist bis heute nicht beantwortet. Wer war zuerst da? Das Ei muss ja gelegt worden sein. Aber ohne Huhn auch kein Ei. Einen vergleichbaren Zwiß führen die Regierungsparteien in MV derzeit zu einer guten Idee, die jede – SPD und CDU – für sich beansprucht. Wer wollte zuerst die erfolgreichen Meister in Handwerk und Industrie nach Abschluss der Ausbildung mit einer Prämie belohnen?

Natürlich die CDU, sagt die CDU, nachdem sie den Vorschlag im SPD-Wahlprogramm gelesen hatte. Das sei ja eine Ur-Idee der Union. Eigentlich schon immer. So wundert es nicht, dass Wirtschaftsminister Harry Glawe in dieser Woche blitzschnell verkündete: 1000 Euro gibt's für jeden Meis-

ter-Abschluss im Land. Einfach so. Bitteschön! 500 000 Euro im Jahr. Da knirscht es im Regierungslager. Denn schon seit Monaten bastele die SPD an einer Variante, wie die besten 100 Meister des Landes die kompletten Kosten der Ausbildung ersetzt bekommen könnten. Sagt die SPD. Einfach so. Bitteschön! Die Aufgabe des Grantels hat jetzt Norbert Nieszery, Fraktionschef im Landtag. Er lobt zerknirscht Glawes „sozialdemokratisches Herz“. Denn der habe die SPD-Idee umgesetzt, „noch bevor sie beschlossen ist“. Den erfolgreichen Fachkräften dürfte der wenig meisterliche Streit egal sein. Jeder soll 1000 Euro auf die Hand kriegen, egal wie gut der Abschluss ist. Moral: Zum Eierlegen gehört ganz zwingend das Gackern! ip

Kritik an Berater-Aufträgen

Land zahlte seit 2006 allein an PwC 2,3 Millionen Euro

Schwerin. Kritik an Gutachten: 19 Mal hat die Landesregierung seit 2006 die Beraterfirma Pricewaterhouse Coopers (PwC) in Anspruch genommen. Insgesamt flossen 2,3 Millionen Euro. Den Grünen im Landtag ist das zu viel Geld für eine Firma. „Hier sollte häufiger zwischen den Wirtschaftsprüfern gewechselt werden“, sagt Johannes Saalfeld. Pikant: Auch Beratungsleistungen zur Kontrolle von Rettungshilfen an die früheren P+S-Werften, über die es bis heute Streit zwischen Opposition und Landesregierung gibt, stehen auf der Liste. Kosten: 70 000 Euro. Insgesamt brachte das Thema P+S der

Firma PwC Aufträge über 250 000 Euro. Er fürchte „Manipulation“ der Regierung, so Saalfeld. „Es ist ein offenes Geheimnis, dass Ministerpräsident Sellering und seine Minister Stammkunden bei PwC sind. Die Dependancen in Schwerin würde sich ohne die regelmäßigen Landesaufträge vermutlich gar nicht rechnen.“ Neben der Staatskanzlei tauchen fünf Ministerien als Kunden von PwC auf: Wirtschaft, Verkehr, Soziales, Landwirtschaft und Inneres. Eine Million Euro flossen für Expertise beim Einsatz von Fördermitteln, 230 000 für die Betreuung der Landeshauptstadt Schwerin. ip



Johannes Saalfeld (Grüne)